

Zwischenbilanz nach 1 ½ Jahren Bürgermeisteramt

lang zu bewältigen gehabt, musste die Gemeinde zum anderen Standorte für feste Unterkünfte auswählen, auf denen das Landratsamt München Häuser errichten ließ, die für 10 Jahre bewohnt bleiben. Die Unterkunft an der Fürstenriederstraße wurde nun von 72 Asylbewerbern und Flüchtlingen bezogen. Alle diese Bewohner haben laut Landrat Christoph Göbel ein sehr hohes Bleiberecht und werden deshalb viele Jahre, wenn nicht gar für immer, bei uns in Planegg bleiben wollen. Die Behörden und der Helferkreis Asyl kümmern sich engagiert um die Bewohner. Die Gemeinde stellte einen neuen Mitarbeiter als Unterstützer und Ansprechpartner für die Bevölkerung ein.

Der Standort in Martinsried an der Bunsenstraße beherbergt 56 Bewohner. Auch hier kümmert sich der Helferkreis Asyl um die Bewohner und die Gemeinde unterstützt mit ihrem Mitarbeiter. An beiden Standorten ist 24 Stunden täglich ein Sicherheitsdienst anwesend. Hatte die Gemeinde Anfang des Jahres noch 285 Asylbewerber und Flüchtlinge unterzubringen, so senkte das Landratsamt München die Zuteilung in zwei Schritten bis Ende Juni nun auf 189 Personen. In Planegg und Martinsried sind 21 Migranten in privaten Wohnungen untergebracht und in der Fürstenrieder Straße 72, sowie in der Bunsenstraße bald 56. Das sind insgesamt 149 Personen, es wären also noch

40 Asylbewerber und Flüchtlinge unterzubringen. Die Regierung von Oberbayern hatte Ende April, nach Beschluss der bayerischen Staatsregierung, verfügt, bis auf Weiteres keine neuen Standorte für Asylbewerber- und Flüchtlingsunterkünfte in den Gemeinden durch das Landratsamt München mehr zu genehmigen. In den Gemeinden bereits beschlossene Grundstückspachtverträge wurden zwischenzeitlich geprüft und freigegeben. Die Ende Januar grundsätzlich beschlossenen neuen Standorte in Planegg, wie Bahnhof Ostseite Hofmarkstraße oben und Georgenstraße, können nun so nicht mehr verwirklicht werden. Die Grundsatzbeschlüsse wurden aufgehoben, die Planungen eingestellt. Wie nun mit der ausstehenden Zuweisung des Landratsamts München von 40 Personen an die Gemeinde verfahren wird, ist noch nicht entschieden

Neuaufrichtung des Konzeptes zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen

Ich gehe davon aus, dass erst für den Fall, dass sich der Flüchtlingsstrom wieder stark erhöht und damit für den Landkreis evtl. frei werdende Betten in den bisherigen Unterkünften nicht mehr ausreichen, Entscheidungen für den Bau von neuen Landkreisunterkünften in der Gemeinde Planegg getroffen werden. Da die Regierung den Landkreisen und damit den Kommunen künftig

ausschließlich nur noch Asylbewerber und Flüchtlinge mit Aussicht auf Anerkennung bzw. Bleiberecht zuweisen will, rät Landrat Christoph Göbel nun den Gemeinden zu verstärkten Anstrengungen im Wohnungsbau. Da wir uns im Rathaus mit diesem Thema bereits seit längerem beschäftigen, können wir hier reagieren und planen preiswerte bezahlbare Wohnungen für unsere Bürgerinnen und Bürger, sowie für Asylbewerber und Flüchtlingen für längere bzw. dauerhafte Bleibe. In einer eigens dafür vorgesehenen **Bürger-Informations-Veranstaltung** wollen wir Ihnen die Überlegungen hierzu nach den Sommerferien vorstellen und erläutern.

Zusätzliche Wohnbauprojekte

Das Projekt Bahnhofsumfeld und ein im Herbst zur Bebauung freierwerdendes Grundstück an der Herzog-Wilhelm-Straße geben uns noch weitere Möglichkeiten. Die notwendigen Bebauungspläne hierzu werden eine Bautätigkeit aber erst in 2018 bzw. 2019 ermöglichen. Damit können wir unseren eigenen Bürgerinnen und Bürgern bezahlbare Gemeindewohnungen, sowie Immobilien-Eigentum durch sog. Einheimischen Modelle anbieten und reagieren auf den allgemeinen Zugzugsdruck, der auf den Gemeinden im Landkreis München lastet.

Es grüßt Sie herzlich, Ihr 1. BGM Heinrich Hofmann



Ansichten der geplanten Mietwohnungen hinter dem Rathaus: Ansicht von Süden (oben) und von Norden (unten)

Gedenken an Georg Kronawitter

Am 28. April 2016 verstarb im Alter von 88 Jahren der Münchner Alt-OB Georg Kronawitter. Wenig bekannt ist, dass dieser nach dem Krieg für einige Zeit in der Planegger Bahnhofstraße wohnte.

Weit über München hinaus wurde Georg Kronawitter nach seinem Tode gedacht. Sein politisches Vermächtnis für die Stadt München ist immens. In seiner Amtszeit als Oberbürgermeister wurden über 120.000 Wohnungen neu gebaut, der MVW beträchtlich erweitert und der Gastig als zentrale Kulturinstitution errichtet. Dabei wäre aus Kronawitter vielleicht gar kein so bedeutender Politiker geworden, hätte er nicht von 1946 bis 1949 in Planegg gewohnt. In einem Brief aus dem Jahr 2003 schreibt er an unseren Altbürgermeister Richard Naumann: „Lieber Richard, (...) Du hast aus mir in Planegg (...) einen überzeugten Sozialdemokraten gemacht.“ Über „Gott und die Welt“, vor allem wohl über Gerechtigkeit und Religion, haben die beiden diskutiert.

Wohnen auf 6 qm

Kronawitter wohnte damals in der Bahnhofstr. 33 bei einem Uhrenreparateur, dem „Miller-Bazi“ auf 6 qm zur Miete. „Wie ein großer Bruder“ sei Naumann für ihn gewesen, schreibt er in einem anderen Brief. In die SPD eingetreten ist Kronawitter dann zwar erst 1962, im Alter von 34 Jahren, der ideelle Grundstein für die spätere Karriere war da allerdings schon lange gelegt worden. Zu dem, dass sie beide Bürgermeister geworden sind, der eine in Planegg, der andere OB von München, schrieb er: „Richard, was für eine Entwicklung!“

Felix Kempf

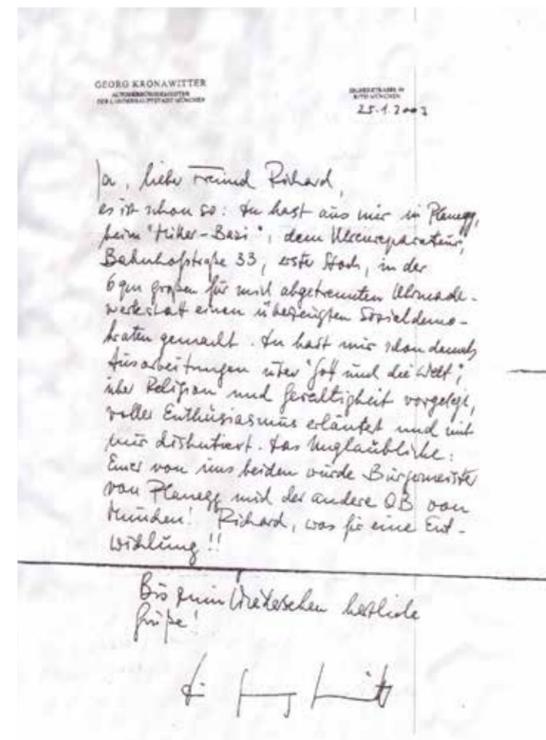
Weinfest der Planegger SPD

Auch dieses Jahr findet auf dem Marktplatz wieder das „spanische Weinfest“ der SPD Planegg statt.

Mittlerweile hat es schon seine eigene Tradition: Das Weinfest der SPD Planegg auf dem Planegger Marktplatz. Ende der Sommerferien feiern wir auch dieses Jahr wieder.



Impression vom Weinfest 2014: Original spanische Paella



Brief von Georg Kronawitter an Richard Naumann aus dem Jahr 2003. Er beginnt mit „Ja, lieber Freund Richard“ und endet mit „Bis zum Wiedersehen herzliche Grüße!“

Felix Kempf

Würmkauz - Impressum
 Herausgeber:
 SPD-Ortsverein Planegg, c/o Ulrich Braun, Hofmarkstr. 19a, 82152 Planegg
 www.spd-planegg.de
 Tel.: 089-8999 8524
 Redaktion: Felix Kempf
 Fotos/Bilder: SPD Planegg, Dragan Tatic, Sudetendeutsche Stiftung, Gemeinde Planegg
 Layout: Felix Kempf
 Druck: Satz-Bild-Grafik, Martinsried
 Auflage: 6.000



SPD-Zeitung für Planegg der Würmkauz

Nr. 93

Nachrichten aus dem SPD Ortsverein Planegg

Juli 2016

Flüchtlinge bei uns: Eine große Aufgabe

Die Themen Flüchtlinge, Migration und Asyl haben unser Land neu politisiert. Seit etwas mehr als einem Jahr sind dies die bedeutendsten Themen. Das müsste uns als politisch denkende Menschen und als sozialdemokratische Partei eigentlich freuen. Das neue Interesse an Politik zielt nämlich im Grunde auf die Zukunftsfragen unserer Gesellschaft: Wie wollen wir in unserem Land leben? Welche Gesellschaft wollen wir sein? Was verstehen wir unter fairen Bedingungen für Männer, Frauen, Kinder, Arbeiter, Unternehmer, Leistungsträger und Leistungsempfänger? Was eigentlich heißt „soziale Gemeinschaft“? Was eigentlich heißt „Offene Gesellschaft“? Wie offen wollen und können wir sein, und welche Grenzen definieren wir? Und vielleicht am wichtigsten: Was bedeuten die Themen Flucht und Migration, Asyl und Integration für unser Leben und Zusammenleben in der Nachbarschaft konkret? Um mit Letzterem zu beginnen: In Planegg und Martinsried werden

2016 zwischen 150 und 180 Flüchtlinge untergebracht. Sie werden in den Landkreisen nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel zugewiesen. Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft bilden die Berechnungsgrundlage. Die Landkreise wiederum weisen nach eben diesem Schlüssel ihre jeweiligen Kontingente zu. Für diese Unterbringung sind wir im Würmtal sehr gut gerüstet. Es gibt die beispielhaft organisierten Helferkreise und es gibt eine große Einigkeit der Fraktionen in nahezu allen Gemeinderäten, dass diese Aufgabe gut und menschenfreundlich bewältigt werden soll. Über das „Wie“ gibt es Debatten, bisweilen auch heftige. Das liegt in der Natur der Sache. Große Aufgaben bewältigt man nicht im Vorübergehen. In Planegg und Martinsried gibt es bislang zwei Unterkünfte. Eine steht an der Fürstenrieder Straße in Planegg, die andere an der Bunsenstraße am Parc de Meylan in Martinsried. Für die Nachbarschaften bedeutet



Ulrich Braun, Vorsitzender der SPD Planegg

das durchaus auch gemischte Gefühle: Gastfreundschaft, Neugierde, Hilfsbereitschaft und die Hoffnung auf ein gutes Zusammenleben mischen sich mit skeptischen Erwartungen, manchmal auch Ablehnung. Für diese Mischung gibt es gute Gründe. Die Hilfsbedürftigkeit der dort untergebrachten Menschen liegt auf der Hand. Ebenso offenkundig ist, dass wir gerade am Anfang noch nicht wissen, wer denn da zu uns gekommen ist. Über die Gründe und Absichten haben wir zunächst nur allgemeine Nachrichten. Darüber hinaus sind wir auf Vermutungen angewiesen. Neue Nachbarn werden auch unter anderen Umständen kritisch beäugt. Mit diesen neuen Nachbarn aber verbinden sich wichtige politische Fragen. Deshalb muss es uns gelingen, zwei Dinge gleichzeitig zu tun, ohne sie zu vermischen. Wir

Fortsetzung auf Seite 4



Asylunterkunft in der Bunsenstraße: Hier wohnen bald Flüchtlinge

Flüchtlinge bei uns: Eine große Aufgabe

Fortsetzung von Seite 1

müssen einen Weg finden, in unserer Gemeinde gut miteinander zu leben. Dazu gehören Neugierde aufeinander ohne zudringlich zu werden, respektvolles Kennenlernen. Es gehören dazu die Herausforderungen ganz normaler Nachbarschaft: Rücksichtnahme, Hilfsbereitschaft und Toleranz. Es gehört dazu die Sorge des Staates, wahrgenommen zu werden durch die Gemeinde, um das jeweilige Sicherheitsbedürfnis. Und es gehört dazu ein politisches Nachdenken über die oben aufgezählten Fragen.

So gesehen sind die Aufgaben vor Ort wohl noch die leichteren. Das ist die gute Nachricht. Denn die Aufgaben sind überschaubar. Wir wissen, wie viele Menschen hier untergebracht werden und woher wir die Mittel bekommen. Wir wissen auch, wem besondere Herausforderungen zugemutet werden. Wie gesagt: große Aufgaben erledigt man nicht im Vorübergehen.

Das alles wäre leicht, wenn es nur den überschaubaren Rahmen unserer unmittelbaren Zuständigkeit beträfe. Aber die Themen Flucht, Migration und Asyl haben unser Land nicht nur politisiert. Die Themen haben die Kraft, die Gesellschaft auseinanderzutreiben.

Die Sozialdemokratie hat die Idee des modernen Staates wesentlich mitgeformt. Und um nicht weniger geht es angesichts der größten gesellschaftlichen Umformung seit der deutschen Vereinigung. Für diese moderne Staatsidee sind zwei Säulen wesentlich: die Gleichheit der Menschen im Sinne fairer Teilhabemöglichkeiten am kulturellen, politischen und sozialen Leben und die gegenseitige Fürsorge für den Fall elementarer Not. Daraus ergeben sich die Aufgaben des Staates hinsichtlich äußerer, innerer und sozialer Sicherheit, der Bildung und der Gewährleistung der Freiheit des Einzelnen.

Was heißt das aber für die aktuellen Herausforderungen? Ich denke, es heißt zweierlei: 1. zu schauen,

welches die Kernbestände unseres Gesellschaftsvertrags sind, und 2. welche Handlungsspielräume und –optionen wir haben.

Zu 1.: Der Philosoph Odo Marquard (1928-2015) hat das „angstfreie Andersseinkönnen“ als einen Kern des westlichen Lebensmodells definiert. Die Formel setzt uns zugleich Normen für den gegenseitigen Umgang in politischen Debatten ebenso wie in Bezug auf das, was wir Integration nennen. Andersdenkende sind vielleicht politische Gegner, aber sie sind keine Feinde. Es sind gegebenenfalls unsere Nachbarn. Und das, was viele aus Krieg und materieller Not zu uns zieht, ist wohl genau diese Hoffnung, angstfrei anders sein zu können.

Dieses Recht gilt es zu verteidigen: Gegen diejenigen, die einander nur noch abfällig als Gutmenschen oder Nazis bezeichnen. Gegen die verbale Aufrüstung, die schon einmal in Deutschland der Herrschaft der Gewalt vorausgegangen ist. Gegen diejenigen, die die Welt für einen Selbstbedienungsladen der Stärkeren halten. Gegen die Tendenz, soziale Ungleichheit für ein Naturgesetz zu halten und ihrem Voranschreiten deshalb tatenlos zuzusehen. Gegen diejenigen, die Anderssein für ein Ausschlusskriterium aus der Gesellschaft halten.

Zu 2.: Wir brauchen eine zugleich menschenfreundliche und realistische Definition dessen, was wir schaffen wollen, schaffen können und schaffen müssen. Das, was wir für Planegg und Martinsried haben, nämlich eine überschaubare und zu bewältigende Menge an Aufgaben und Pflichten, brauchen wir insgesamt. Und hier muss die Politik ihre Verantwortung wahrnehmen. Und zwar nicht, um die Freiheit des Einzelnen zu beschränken, sondern um sie zu sichern. Deshalb ist der Kampf für faire Löhne wichtig. Deshalb brauchen wir auch staatlich geförderte Wohnungsbauprogramme, Hilfe für strukturschwache Gebiete und ein Integrationsprogramm, das differen-

ziert: Wer bleibt auf Dauer hier und braucht damit einen Platz in unserer Gesellschaft? Wer braucht Schutz auf Zeit und in dieser Zeit vielleicht eine Ausbildung?

All das ist freilich ein weites Feld. Der, dem wir dieses Zitat verdanken ist Theodor Fontane (1819-1898). Fontane entstammte selbst einer Hugenotten-Familie. Was wir also derzeit erleben, ist neu, aber nicht ohne Vorbild in der Geschichte. Im 18. Jahrhundert sind zigtausende Hugenotten aus Frankreich nach Deutschland gezogen. Zur gleichen Zeit kamen Salzburger und Holländer. Im 19. und 20. Jahrhundert kamen zigtausende Polen ins Ruhrgebiet. Preußen und andere deutsche Länder haben damals großzügig aufgenommen, allerdings auch mit eindeutigen Vorgaben. Das Wohnrecht und die Bürgerrechte zu erhalten, bedeutete zugleich alle Bürgerpflichten zu übernehmen. Ins Rheinland und Westfalen kamen dadurch Elemente des polnischen Katholizismus, Preußen erhielt Zuflüsse calvinistischer Prägung und des voltair'schen Laizismus. Integration ist keine Einbahnstraße.

Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks und mit der deutschen Vereinigung haben einige das „Ende der Geschichte“ ausgerufen. Das war natürlich Quatsch. Heute schreiben wir wieder Geschichte. Keiner weiß, wie sie ausgehen wird, aber eines scheint mir sicher: dass man unsere Generation, wie Heribert Prantl in einem Kommentar in der Süddeutschen Zeitung schrieb, danach beurteilen wird, wie wir mit den Flüchtlingen und Migranten umgegangen sind. Es geht dabei um viel: um Freiheit, Toleranz, Demokratie und soziale Sicherheit. Gerade Sozialdemokraten sollten da nicht zur Verzagttheit neigen. Bei aller Besorgnis über die Polarisierung der politischen Debatte: das neu erwachte Interesse an Politik ist vor allem Herausforderung. Große Aufgaben erledigt man nicht im Vorübergehen.

Ulrich Braun

Auch ich war ein Flüchtling

„Und als der Krieg im fünften Lenz keinen Ausblick auf Frieden bot“ (Brecht), zog meine Mutter die Konsequenz, packte Wertvolles in eine oder zwei Kisten, schickte sie nach Meiningen an ihre Eltern - wir wohnten damals in Bruck a. d. Leitha, wo ich auch geboren bin -, packte noch einen großen Rucksack, nahm ihre beiden Kinder an der Hand und stieg in den Zug nach Wien und von dort ebenfalls nach Meiningen.

Denn russische Truppen kamen näher und näher und ein Internierungslager, in das die Österreicher auch uns gesteckt hätten, wollte sie möglichst vermeiden.

Ja, die Eisenbahn fuhr noch (Spätherbst 1944), unterwegs konnte es schon mal Fliegeralarm geben, aber wir kamen heil bei den Großeltern an und die waren froh, dass wir da waren. Sonst hätte die Aussicht bestanden, dass bei ihnen andere Flüchtlinge aus den Ostgebieten oder auch aus dem Rheinland zwangsweise einquartiert worden wären. Damals war ich ein „Dreikäsehoch“ von dreieinhalb Jahren, ich erinnere mich aber noch genau an eine Bombennacht in Meiningen am 23. Februar 1945. Noch heute steigen Urängste auf, wenn ich etwa in einem Film die typischen Sirenen höre und wieder die brennende Stadt vor mir sehe. Die Trümmer haben tagelang noch rot geglüht.

Kurze Zeit später übergab der Bürgermeister die Stadt den heran-

rückenden amerikanischen Truppen. Für uns war der Krieg zu Ende. Dann zogen die Amerikaner ab und die Russen kamen. Das gab bei meiner Mutter den Ausschlag: Unter russischer Besatzung wollte sie nicht leben. Nach bewegenden Abschiedsszenen fuhren wir mit dem Zug nach Eisfeld, ein kleines Städtchen nahe der Zonengrenze. Sie hoffte von dort über die Grenze zu kommen.

Wir waren eine Gruppe von 8 oder 9 Personen; die Erwachsenen machten sich auf die Suche nach jemandem, der die Schleichwege kannte, auf denen man in die nahe amerikanische Zone kam. Eine solche Person wurde gefunden, aber unterwegs liefen wir einer russischen Patrouille in die Arme. Die beiden Soldaten schickten uns zurück nach Eisfeld. Einer der beiden sprach etwas Deutsch und meinte, so einen kleinen Jungen (wie mich) habe er auch zu Hause. Wir hatten noch einmal Glück gehabt, es hätte auch schlimmer kommen können.

Am nächsten Tag ging der Marsch erneut in Richtung Grenze, und diesmal kamen wir durch. Irgendwo im Coburger Land hatten wir nun bayerischen Boden unter den Füßen und nach weiteren ca. 25 km Fußmarsch waren wir dann eines Nachts im Oktober 1945 am Ziel bei unseren Coburger Verwandten. Sie nahmen uns, obwohl nicht über unser Kommen informiert, sofort bei sich auf. Sicher haben wir es leichter gehabt als die heutigen Flüchtlinge: Wir hatten auch alles (buchstäblich: alles!) verloren, aber wir wussten



Roderich Peter, Gemeinderat und stellvertretender Vorsitzender der SPD Planegg

wenigstens, wohin wir gehen konnten. Die Verwandten rückten zusammen, um Platz für uns zu schaffen und teilten mit uns, was sie hatten. Es gab keine Caterer, die uns Essen brachten, keine Mitbürger, die uns warme Kleidung oder anderes Lebensnotwendige spendeten. Es gab ein Wohnungsamt, das ständig auf der Suche nach freien, bewohnbaren Quadratmetern war, damit die insgesamt ca. 12 Millionen Flüchtlinge aus Schlesien, Ostpreußen, dem Sudetenland und von anderswo ein Dach über den Kopf bekamen. Die deutschen Großstädte bestanden aus Ruinen, weswegen viele Flüchtlinge auf dem flachen Land einquartiert werden mussten. Und ob die immer gerne aufgenommen wurden, darüber mache sich jeder seine eigenen Gedanken.

Roderich Peter



Damals wie heute: Menschen fliehen vor Krieg und Vertreibung aus ihrer Heimat in eine ungewisse Zukunft

Zwischenbilanz nach 1 ½ Jahren Bürgermeisteramt

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wenn Sie dies lesen, dann bin ich eineinhalb Jahre im Amt als Planeggs 1. Bürgermeister. Das ist nicht lange, trotzdem ist viel in dieser kurzen Zeit geschehen, beschlossen worden oder auf den Weg gebracht.

Lassen Sie mich hier eingangs einen kurzen Überblick geben:

- **Korrektur der Buslinie** 266 Kettelerstraße Planegg
- **Neue Buslinie** 258 Kreuzwinkel Planegg
- **U-Bahnpachtvertrag** mit dem MVV endverhandelt, alle Verträge befinden sich nun zur Prüfung beim Finanzamt
- **Straßenumbau in MRD** Planegger/ Neurieder Straße
- **Kreisverkehr** beim neuen Würmtal Center in Martinsried
- Transparente und über Jahre nachvollziehbare Änderung der **Kinderbetreuungsgebühren** mit erhöhter Förderung einkommensschwacher Eltern
- Einigung zur Überdachung und Übergabe der **Stockbahnen** an den EC Planegg
- **Renovierung Wellenbad**
- Besonders ärgerlich ist, dass uns die Eisdiele Puro Gelato verlassen musste; wir kümmern uns mit Nachdruck um Abhilfe.

- Bebauung ehemalige Tankstelle/Gärtnerei: Hier konnten **5 preiswerte Eigentumswohnungen** an Planegger Bürgerinnen/Bürger vergeben werden.
- Bebauung neue Ortsmitte Martinsried: Hier sind **6 preiswerte Eigentumswohnungen** an Planegger Bürgerinnen/Bürger zu vergeben
- hinter dem Rathaus werden **18 preiswerte gemeindliche Mietwohnungen** errichtet, Fertigstellung im Frühsommer 2018
- **Bahnhofsumfeld Planegg:** Ideenwettbewerb zusammen mit Krailling durchgeführt, ein Grundsatzbeschluss ist gefasst, Bautätigkeiten ab 2018 zu erwarten
- Beschluss zur **Sanierung der Grundschule Planegg** mit Turnhallenneubau, Aufwand von knapp 10 Mio Euro in den kommenden 5 Jahren
- Die Bürgerwerkstatt zur **Ortsentwicklung Planeggs** war eine gelungene Veranstaltung, der Gemeinderat ging mit dem Bürgergutachten im Februar in Klausur und im Laufe des Jahres werden erste Ergebnisse vorgestellt.

Im folgenden möchte ich noch etwas genauer auf drei Teilgebiete eingehen, die mir besonders wichtig sind: Die Haushaltsslage, die Unterbringung von Flüchtlingen und unsere Wohnbauprojekte.



Modell der neuen Ortsmitte Martinsried: Auch hier entstehen Wohnungen



Bürgermeister Heinrich Hofmann

Haushalt der Gemeinde 2016

Der Haushalt 2016 hat insgesamt ein Volumen von rund 44 Mio EUR. Die wichtigsten Einnahmen: Gewerbesteuer 16 Mio Euro, Einkommensteuer 8,2 Mio Euro, Grundsteuern 1,9 Mio Euro. Die wichtigsten Ausgaben: Landkreismulage 10,1 Mio Euro, Gewerbesteuerumlage 3,6 Mio Euro, Personalkosten 7,7 Mio Euro, Kinderbetreuung 2,2 Mio Euro, Zuschüsse an Vereine 330 T Euro, Kulturförderung 275 T Euro. Die größten Investitionen: Sanierung Grundschule Planegg 1,5 Mio Euro, Orstmitte Martinsried 1 Mio Euro, Straßenbau 0,5 Mio Euro, Anschaffungen Feuerwehr 300 T Euro. Damit Planegg trotz erhöhter kommunaler Abgaben an den Freistaat Bayern sowie den Landkreis München mittelfristig weiterhin schuldenfrei bleibt, mussten ab 2016 die Grundsteuer und die Gewerbesteuer moderat angehoben werden.

Asylbewerber- und Flüchtlingsunterbringung

Das Jahr 2015 war, wie Sie alle wissen, spätestens ab Mai von der Asyl- und Flüchtlingsproblematik geprägt. Auch in diesem Jahr erfordern die Zuweisungen von Asylbewerbern und Flüchtlingen durch das Landratsamt München noch viel Einsatz. Haben wir im Jahre 2015 zum einen die Belegung einer der Dreifachturnhallen am Gymnasium fast 4 Monate